



Die Schweiz darf sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen

Intensivierung des Steuerwettbewerbs

rg. An der vom Europa-Institut (Universität Zürich) organisierten 7. Jahrestagung zum europäischen und internationalen Steuerrecht sind am Dienstag in Zürich für einmal auch Ideen und Anregungen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz diskutiert worden. Tagungsleiter Pierre-Olivier Gehrig (Partner bei Pestalozzi Lachenal Patry) skizzierte in seinem Referat zunächst die Position des Landes im internationalen Vergleich. Er zeigte auf, dass seit 1993 zwar auch in der Schweiz der Gewinnsteuersatz für Kapitalgesellschaften gesenkt worden ist. Aber im EU-Raum – und dabei vor allem in den neuen Mitgliedstaaten – sei eine wesentlich kräftigere Absenkung erfolgt. Im Landesdurchschnitt liegt die Schweiz zurzeit mit einem Satz von mehr als 20% um knapp 10 Prozentpunkte über jenem von Irland; dieses Land bildet laut Gehrig gewissermassen den Benchmark.

Selbstverständlich vergass der Referent nicht zu erwähnen, dass gewisse Kantone wie etwa Zug den Vergleich mit Irland nicht zu scheuen brauchen. Und ebenso wenig vergass er auf die verschiedenen steuerlichen Vorteile der Schweiz wie etwa das gut funktionierende Ruling-System hinzuweisen. Gleichwohl sind aus seiner Sicht verschiedene Verbesserungen beim Steuersystem mehr als nur wünschenswert, wenn die Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb weiterhin auf der Gewinnerseite stehen will. Dazu gehören die Abschaffung der Emissionsabgabe, weitere Reduktionen oder die gänzliche Beseitigung der Umsatzabgabe, der Verzicht auf die zeitliche Beschränkung der steuerlichen Verlustvorträge sowie «Lockerungen» beim Beteiligungsabzug, um nur vier Beispiele zu erwähnen.

In der anschliessenden Paneldiskussion zeigte der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann viel Verständnis für die fiskalischen Anliegen der Wirtschaft. Er liess auch durchblicken, dass sich in Bundesbern einiges bewege. Seines Erachtens dürfte beispielsweise im Jahr 2010 oder 2011 die Emissionsabgabe beseitigt sein. Weniger klar blieb bei den Ausführungen über notwendige Reformmassnahmen, was mit Blick auf den Steuerstreit mit der EU getan werden sollte. Stefan Kuhn (Senior Manager bei der KPMG AG, Zürich) gab sich sehr besorgt über die herrschende Unsicherheit, die viele Unternehmen dazu bewegen könnte, sich für ein anderes Land als die Schweiz zu entscheiden. Germann konnte in diesem Zusammenhang nur darauf verweisen, dass die von Bundesrat Hans-Rudolf Merz eingesetzte verwaltungsinterne Arbeitsgruppe «Internationaler Steuerwettbewerb» ihre Tätigkeit bereits aufgenommen habe.